

POLIS

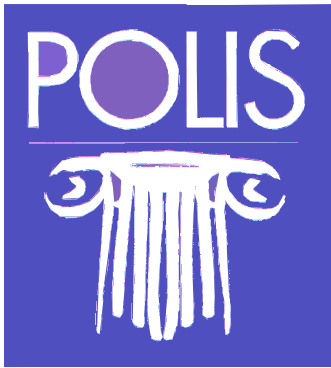


NICHT OHNE GEGENWEHR

Jüdische Reaktionen auf Hitler
in der späten Weimarer Republik
und nach '33



Eine Schriftenreihe der
Hessischen Landeszentrale
für politische Bildung



Nicht ohne Gegenwehr

Jüdische Reaktionen auf Hitler in der späten Weimarer Republik und nach '33

Walter Grab

VORWORT

Wir sind es gewohnt, die Geschichte der deutschen Juden ausschließlich als eine Geschichte von Opfern zu sehen, die vom heftigen Antisemitismus in der Spätphase der Weimarer Republik und von der wachsenden nationalsozialistischen Bewegung ohne jede Gegenwehr überrollt worden sind. Prof. Walter Grab, 1919 in Wien geboren, 1938 nach Palästina emigriert, erzählt in dem hier abgedruckten Vortrag, den er auf Einladung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung am 29.4.93 in Wiesbaden hielt, über die Zeit der frühen dreißiger Jahre und die Reaktionen der deutschen Juden auf die Nazis. Er berichtet von der politischen Gespaltenheit der Juden; von denen, die sich trotz allem als Deutsche fühlten und Hitlers mörderischen Ankündigungen keinen Glauben schenkten; von dem jüdischen "Centralverein", der versuchte, rational und aufklärerisch die antisemitischen Vorwürfe oder Schmähungen zu entkräften; von der jüdischen Zeitung "Alarm", die mit populistischen und grobschlächtigen Mitteln die Massen gegen die Nazis zu beeinflussen suchte; von Hitler-begeisterten Juden, die sich gegen die jüdische Zuwanderung aus dem Osten wandten, indem sie ihr Deutschtum betonten; und vom Opportunismus der demokratischen politischen Parteien, die dem Antisemitismus nicht Paroli boten, sondern

feige taktierten und hilflos lavierten.

Am Ende seines Vortrags zieht Walter Grab Vergleiche zwischen der Weimarer Republik und der heutigen Bundesrepublik. Man mag dem Autor dabei zustimmen oder nicht (die Vergleiche spiegeln nicht die Meinung des Herausgebers wider) - aber die Sorgen, die ihn zu diesen Vergleichen verleiteten, sind verständlich.

Elisabeth Kiderlen

(Die ausführliche, mit Anmerkungen ausgestattete Fassung des Vortrags ist in einem Taschenbuch unter dem Titel "Der deutsche Weg der Judenemanzipation" im Piper Verlag erschienen.)

DEUTSCHE GESCHICHTE

Walter Grab

I. Jüdische Reaktionen auf Hitler in der späten Weimarer Republik und nach '33

Die Integration der Juden in den 20er Jahren

Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, ist eine Begriffsbestimmung erforderlich. Unter Juden sind in der folgenden Darstellung nicht nur jene gemeint, die die in der Bibel vorgeschriebenen Speisegesetze und die Heiligung des Sabbat befolgen, und auch nicht nur jene, die zwar keine Ritualgesetze mehr halten, aber doch noch der jüdischen Glaubensgemeinschaft und Kultusgemeinde angehören, sondern vielmehr alle, die von der Umwelt als Juden angesehen werden, auch wenn sie sich längst als Deutsche empfinden. Nur diese Definition ermöglicht es, die Bedrohung durch die Rasseantisemiten richtig zu beurteilen und die Reaktionen der Judenheit zu verstehen. Bei der Machtübernahme der Nazis lebten etwa eine halbe Million Menschen in Deutschland, die sich selbst als Juden bezeichneten. Dies war 0,8% der Gesamtbevölkerung.

In die Weimarer Republik, die die erste parlamentarische Republik der deutschen Geschichte war, konnten Juden Positionen einnehmen, die ihnen im Kaiserreich vorenthalten worden waren. In der Regierung Scheidemann war der Jude Hugo Preuß, der die Weimarer Verfassung schuf, 1919 Innenminister, und der Jude Otto Landsberg Justizminister; unter dem Ministerpräsidenten Wirth war 1921/22 der Jude Walther Rathenau Außenminister, und in der sozialdemokratischen Regierung Hermann Müller war sieben Jahre später der dem Judentum entstammende Rudolf Hilferding Finanzminister. Auch in einigen Landesregierungen des Deutschen Reiches saßen, besonders zu Beginn der Republik, einige jüdische Minister. Im öffentlichen Dienst und an den Universitäten gelang es, fähigen Persönlichkeiten jüdischer Herkunft Positionen zu erlangen. Das deutsche

Judentum befand sich also anscheinend in der Weimarer Republik auf dem Gipfel seiner Erfolge. In Wirklichkeit war es mehr gefährdet als jemals seit Beginn der Emanzipation.

Denn die Niederlage Deutschlands im ersten Weltkrieg führte zu einer enormen Verschärfung des Antisemitismus. Die chauvinistischen Rassenhetzer, denen der Liberalismus und Sozialismus der meisten Juden von jeher ein Dorn im Auge war, wollten von den wahren Schuldigen am Völkergemetzel ablenken und behaupteten, eine Verschwörung des internationalen Judentums habe den Kommunismus und Bolschewismus erfunden und die Novemberrevolution angezettelt, indem sie dem siegreichen deutschen Soldaten den „Dolch in den Rücken“ gestoßen habe. Diese antisemitische Propagandalüge wurde von breiten Schichten für Wahrheit gehalten und erschütterte die Weimarer Republik in den Grundfesten.

Es bestand daher ein merkwürdiger dialektischer Widerspruch zwischen der Stellung der Juden vor und nach dem Zusammenbruch des Kaiserreichs: Die traditionellen adeligen Führungseliten hatten vor 1914 den Antisemitismus zwar zugelassen und als salonfähig betrachtet, aber seine brutalsten Auswüchse, wie Mordaufrufe und blutige Exzesse, nicht geduldet, weil sie sich das Gesetz des Handelns nicht von unten vorschreiben lassen wollten. Die republikanischen Regierungen nach 1918 erkannten die gänzliche Gleichberechtigung der Juden im politischen und gesellschaftlichen Bereich zwar an, unterließen es jedoch, gegen die völkischen Rasseantisemiten und ihre Mordhetze energische Schritte zu unternehmen.

Die wichtigste Organisation der deutschen Juden war der "Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", kurz CV genannt, der gegen die Diskriminierung von Juden im öffentlichen Leben kämpfte und die Anpassung des Judentums an nichtjüdische Standards, Normen und Kulturwerte zu erleichtern und zu beschleunigen suchte. Die Wortführer dieses Centralvereins betonten immer wieder, daß sie sich als Teil der

deutschen Gesellschaft ansahen und in deren Rahmen ihre Ziele durchführen wollten. Die meisten jüdischen Persönlichkeiten, die sich in der Weimarer Epoche als Politiker, Künstler, Schriftsteller, Journalisten, Wissenschaftler und Schauspieler einen Namen machten, waren dem Judentum gänzlich entfremdet und fühlten sich als Deutsche. Allerdings schuf die Abwehr antisemitischer Angriffe einen Zusammenhalt zwischen den alteingesessenen deutschen Juden und den während des ersten Weltkriegs nach Deutschland geflüchteten Juden aus Polen und Rußland, die an ihren nationalen Traditionen festzuhalten suchten. Als es im Jahre 1923 zu einem Pogrom in Berlin gegen die ostjüdischen Bewohner des Scheunenviertels kam, war der CV maßgeblich bei der Organisation des jüdischen Selbstschutzes beteiligt. Bis zum Ende der Weimarer Republik organisierte der CV Aufklärungsversammlungen und Schulungsabende zur Abwehr des Antisemitismus, in denen man die Geschichte und die soziale Rolle der Juden Deutschlands erläuterte. Dabei gingen die Organisatoren vom irrigen Glauben aus, daß man durch rationale Argumentation die Antisemiten bewegen könnte, von ihren Wahnvorstellungen, daß die Juden Deutschlands Unglück seien, Abstand zu nehmen.

Die deutschen Parteien und der Antisemitismus

Die Verteidigung der jüdischen Positionen war mit der Verteidigung der Weimarer Republik unauflöslich verbunden. Der Wirbelsturm der Weltwirtschaftskrise, der im Herbst 1929 begann, erschütterte nicht nur die ohnehin schwache Demokratie, sondern untergrub und zerstörte die Existenz der deutschen Judenheit. Zwischen den Septemberwahlen 1930, als die Nazipartei zu einer Massenbewegung answoll, und Hitlers Berufung zur Kanzlerschaft im Januar 1933 bieten die jüdischen Antworten auf die Herausforderung der Rassenhetzer ein uneinheitliches, zerfahrenes und verworrenes Bild. Die Repräsentanten der deutschen

Judenheit, die während der kurzen Stabilisierung der Weimarer Republik in der Mitte der zwanziger Jahre ihre Positionen gesichert glaubten, vermochten keine klaren Richtlinien und Handlungsanweisungen auszuarbeiten. Es existierte keine geschlossene Front gegen den beispiellosen Ansturm der Antisemiten, ja nicht einmal eine jüdisch motivierte Solidarität - dazu waren die persönlichen, politischen und klassenmäßigen Gegensätze unter den deutschen Juden zu groß. Es gab auch kaum eine größere nichtjüdische Organisation, die den Kampf gegen die Judenhetzer energisch aufnahm. Der Schutz jüdischer Rechte erschien als undankbare und aussichtslose Aufgabe. In Frankreich hatten vierzig Jahre zuvor, auf dem Gipfel des Dreyfus-Prozesses, bedeutende Persönlichkeiten wie der Politiker Georges Clemenceau und der Schriftsteller Emile Zola die Partei der Juden ergriffen und die maßlose Hetze der Antisemiten in die Schranken gewiesen; in Deutschland gab es in der Krise der Weimarer Republik niemanden von ähnlichem Format, der den Nazis sein "J'accuse" zugerufen hätte.

Die 1918 gegründete Deutsche Demokratische Partei, der zahlreiche liberal gesinnte bürgerliche jüdische Intellektuelle und Unternehmer angehörten und die deshalb von den Antisemiten als "Judenschutztruppe" verhöhnt wurde, distanzierte sich zwar von der antijüdischen Hetze, verlor jedoch während der Wirtschaftskrise ihre Mitglieder und sank zur Bedeutungslosigkeit hinab; sie vollzog 1930 eine Wendung nach rechts, änderte den Namen in "Deutsche Staatspartei", konnte aber bei den Wahlen 1932 nur ein einziges Prozent der Wählerschaft gewinnen. Die beiden großen Arbeiterparteien, die Sozialdemokraten und Kommunisten, bekämpften zwar die Rassenhaßparolen der Nazis, erfaßten aber in ihrem Vertrauen auf Argumente der Vernunft nur unzulänglich die Dynamik des Antisemitismus. Sie waren auch mit ihren Streitigkeiten untereinander so beschäftigt, daß die Judenfrage nur einen geringen Teil ihrer Aufmerksamkeit auf sich zog. Die Mehrzahl der deutschen Juden war zu sehr den Vorstellungen des bürgerlichen

Liberalismus verhaftet, als daß sie sich den Parteien des Proletariats angeschlossen hätten - obwohl zahlreiche Führer der Arbeiterparteien jüdischer Herkunft waren. Seit 1930 wählten allerdings viele Juden, die von der schwächlichen Haltung der Liberalen enttäuscht waren, die Sozialdemokraten und in geringerem Maß auch die Kommunisten und die proletarischen Splitterparteien. Aber auch die SPD und die KPD glaubten sich dem nationalistischen Zeitgeist anpassen zu müssen; sie machten zwar judenfeindlichen Tendenzen keine Konzessionen, bestritten aber die Hauptverantwortung Deutschlands für die Entfesselung des Weltkriegs und bekämpften den Versailler Friedensvertrag. Im "Reichsbanner", der republikanischen und überparteilichen Schutztruppe, die hauptsächlich aus Mitgliedern der Sozialdemokratie bestand, gab es noch am ehesten Versuche, die antisemitischen Angriffe der nazistischen Rassenhetzer abzuwehren; der "Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischer Herkunft" unterstützte die Agitation des Reichsbanners, dem auch viele jüdische Jugendliche beitraten. In der letzten Phase der Republik wurde es eine wesentliche Aufgabe der jüdischen Abwehr, sich an allen Maßnahmen zum Schutze demokratischer Einrichtungen zu beteiligen. Die Mehrzahl der Juden benutzte alle Reichstags- und Landtagswahlen als Gelegenheit, um für die Erhaltung der Republik zu demonstrieren. Ein vom "Centralverein" errichtetes Spezialbüro für Antinazipropaganda entfaltete eine fieberhaften Tätigkeit. Dieses Büro, das im Sommer 1929 in der Wilhelmstraße in Berlin unweit des Hauptquartiers der SPD und ihres Parteiorgans "Vorwärts" errichtet wurde, bezeichnete sich zuerst als "Ausschuß für Volksaufklärung" und später als "Deutscher Volksgemeinschaftsdienst".

Der Kampf des jüdischen Centralvereins gegen antisemitische Hetze am Ende der Weimarer Republik

Dieses Propagandabüro, in dem der jüdische Widerstand gegen die antisemitische Hetze und die Gefahr einer Nazidiktatur am

deutlichsten in Erscheinung trat, wurde vom Antifaschisten Walter Gyssling, der kein Jude war, gemeinsam mit Hans Reichmann, einem Aktivisten des "Centralvereins", geleitet. Sie sammelten in einem Archiv Material über die Naziführer und die verschiedenen Strömungen der Nazi-Partei und anderer völkischer und antisemitischer Organisationen; zur Zeit seiner Liquidation umfaßte es über 200.000 Einzelstücke. Zweibis dreimal wöchentlich, in Wahlzeiten fast täglich, veröffentlichte das Propagandabüro einen Pressedienst, der demokratischen Zeitungen, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und politischen Versammlungsrednern von der rechts von der Mitte stehenden Deutschen Volkspartei bis zu den Kommunisten zuging. Außer diesem "Volksgemeinschaftsdienst" ließ das Propagandabüro auch Flugblätter, Plakate und Anklebezettel drucken, die vom Reichsbanner, der im Dezember 1931 gegründeten sozialdemokratischen "Eisernen Front" und dem "Centralverein" verteilt wurden.

Die wichtigste Publikation dieses jüdischen und antifaschistischen Pressebüros war der "Anti-Nazi", der drei Auflagen erlebte. Dieses Pressematerial und "Handbuch im Kampf gegen die NSDAP", wie der Untertitel lautete, enthielt Informationen, die von abtrünnigen Nazis wie Otto Strasser sowie von Nationalisten wie Ernst Jünger und dem General Ludendorff herrührten. Ein Abschnitt des "Anti-Nazi" beschäftigte sich mit der kriminellen Vergangenheit vieler Naziführer, zählte ausführlich ihre Vorstrafen auf und brandmarkte sie als Sadisten und Scharlatane, korrupte Politiker und Fememörder. Außerdem wies der "Anti-Nazi" nach, daß die Rassenlehre wissenschaftlich unhaltbar und der Sozialismus der NSDAP nur vorgespiegelt sei, daß die Nazis zwar vorgäben, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, in Wirklichkeit jedoch von der Großindustrie finanziell unterstützt würden, und daß viele bekannte Naziführer, die den Juden mangelnden Patriotismus vorwarfen, sich selbst vom Militärdienst gedrückt hatten. Obwohl das "Anti-Nazi"-Handbuch von den Parteien der Mitte und der Arbeiterbewegung

oft benutzt wurde, gelang es seiner rationalen Argumentation nicht, bei der von den Naziparolen verwirrten und verhetzten Wählerschaft entscheidende Erfolge zu erzielen; es stellte sich heraus, daß die hemmungslose Lügenpropaganda von Goebbels, die an die irrationalen Impulse der verzweifelten Massen appellierte, die verstandesmäßigen Beweisführungen der antifaschistischen Autoren an Wirksamkeit übertraf. Das Anti-Nazi-Propagandabüro stellte nach dem Machtantritt Hitlers seine Tätigkeit ein; das wertvolle Spezialarchiv, für das man nirgends ein sicheres Versteck finden konnte, wurde im Frühjahr 1933 von einer Münchner Papierfabrik eingestampft. Der jüdische "Centralverein" finanzierte nicht nur das Propagandabüro und seine Publikationen, sondern auch die seit 1. November 1929 erscheinende Zeitschrift "Alarm", die vom ehemaligen Syndikus des Vereins, dem Journalisten Arthur Schweriner, redigiert wurde. Diese Zeitschrift erschien zunächst zweimal im Monat, ab dem Herbst 1931 wöchentlich. Sie wurde von der "Eisernen Front", der die Arbeitersportvereine, die Gewerkschaften und der "Reichsbanner" angehörten, bei Umzügen und Massenkundgebungen regelmäßig verteilt. Schweriner war der Überzeugung, daß die Verteidigung der Demokratie und der Widerstand gegen die aufziehende Nazigefahr im gemeinsamen Interesse der Juden und der Arbeiterschaft liege und daß man die Nazis mit den eigenen Waffen schlagen könne und müsse. Der "Alarm" war daher als aggressives Sensationsblatt aufgemacht und ahmte die Nazipresse nach. Derbe Zeichnungen und Karikaturen, die sich über die Naziführer lustig machten, Lieder und Spottverse füllten diese republikanische und antifaschistische Arbeiterzeitung, die gegen den Antisemitismus polemisierte und sich an die leicht beeinflussbaren und politisch irreführten Menschen aus den Unterschichten wandte, die der Nazipropaganda zum Opfer fielen. Der "Alarm" stellte im Februar 1933 sein Erscheinen ein; es gelang dem Redakteur Schweriner, rechtzeitig ins Ausland zu entkommen.

Die Gespaltenheit der Juden im Kampf gegen Hitler

Es kann kein Zweifel darin bestehen, daß es im Lebensinteresse der deutschen Juden lag, zur Verteidigung ihrer Rechte und zur Sicherung ihres Fortbestandes gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften, insbesondere der sozialistischen Arbeiterschaft, gegen die überhandnehmende Gefahr der Nazidiktatur zu kämpfen, solange es noch Zeit war. Aber ebenso wie die deutsche Arbeiterbewegung wegen ihrer ideologischen Spaltung und Zerstrittenheit nicht imstande war, dem Ansturm der Nazis eine einheitliche Widerstandsfront entgegenzusetzen, bestanden auch bewußtseinsmäßige und psychologische Schranken, die es der deutschen Judenheit unmöglich machten, sich vorbehaltlos und ausschließlich auf die Seite der Arbeiterparteien zu stellen. Man darf nicht vergessen, daß die meisten Juden dem bürgerlichen Mittelstand angehörten und daß ihnen die Klassenkampfpapieren der militanten Arbeiterschaft fremd waren. Allerdings gab es auch jüdische Kommunisten wie Otto Heller, der in seinem 1931 erschienenen Buch "Der Untergang des Judentums" die Lösung der Judenfrage durch Einbeziehung in den sozialistischen Aufbau propagierte und die Errichtung einer proletarischen Diktatur vorschlug. Heller polemisierte nicht nur gegen die von Antisemiten behauptete angebliche Verschwörung der "Weisen von Zion", daß die Juden die christliche Umwelt zu unterjochen und zu beherrschen trachteten, sondern auch gegen die nationaljüdische Bewegung, die er als "die Unweisen von Zion" lächerlich zu machen suchte. Heller forderte die Juden auf, sich der kommunistischen Partei anzuschließen und gemeinsam die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu zerschlagen, die den Antisemitismus und die Ausbeutung hervorgebracht habe; er schilderte den Aufbau einer klassenlosen und glücklichen Gesellschaft, die er bei einer Reise in die Sowjetunion erblickt zu haben glaubte, in den leuchtendsten Farben.

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Aber nur wenige Juden machten sich die Auffassungen Otto Hellers zu eigen, der übrigens den Nazis in die Hände fiel und im Jahre 1945 im Konzentrationslager Mauthausen ermordet wurde. Nach verlässlichen Schätzungen stimmte nur etwa ein Prozent der jüdischen Wähler für die KPD. Allerdings war bis zur Führungsübernahme durch Ernst Thälmann im Jahre 1925 der Anteil von Juden in der Parteileitung erheblich. Nach der Ermordung von Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, die zu den Begründern der KPD gehört hatten, saßen zu Beginn der Weimarer Republik Kommunisten jüdischer Herkunft wie Paul Levi, Fritz Wolffheim, Iwan Katz, Werner Schalem, Ruth Fischer, August Thalheimer, Arthur Rosenberg und Heinz Neumann in den Führungsgremien der Partei. Später schaltete die KPD Juden aus taktischen Gründen mehr und mehr aus repräsentativen Positionen aus, weil sie nicht als "Judenschutzpartei" bezeichnet werden wollte. Im Reichstag von Mai 1924 waren von 62 Kommunisten noch sechs jüdischer Herkunft; in dem im November 1932 gewählten Reichstag war unter 100 kommunistischen Abgeordneten kein einziger Jude.

Ebensowenig wie die Kommunisten vermochten auch die Zionisten vor der Machtübernahme durch die Nazis eine jüdische Massenbasis zu erlangen. Die Zionistische Vereinigung für Deutschland beteiligte sich nicht am antifaschistischen Widerstand, weil sie die Betätigung von Juden am politischen Leben Deutschlands prinzipiell negierte. Am 12. September 1932 forderte ihr in Frankfurt zusammengetretener Delegiertentag, daß der Staat, in den die deutschen Juden "durch Recht und Schicksal" eingliedert seien, ihnen die "volle Gleichberechtigung" und die "Freiheit der Entfaltung der eigenen Art" gewähre.

Die Zionisten, die es ablehnten, sich um Stellen im Staatsdienst und in kulturellen Institutionen zu bewerben, distanzieren sich ausdrücklich vom Ideengut des deutschen Nationalismus, weil "zu dessen Grundlagen die Überzeugung von der Minderwertigkeit anderer nationaler Gruppen" gehöre; dennoch bewies der führende Zionist Robert Weltsch

unfreiwillig in seinem 1932 erschienenen Aufsatz "Judenfrage und Zionismus", wie sehr er von der rassistischen Terminologie angesteckt war. Dort heißt es: "Der Zionismus appelliert an das Verständnis und die Hilfe der Völker, die selbst unter der Judenfragen leiden. ... Sein Gefühl für eigenes Volkstum, für den unersetzbaren Wert der das tiefste Wesen bestimmenden Blutgemeinschaft mit ihren Imponderabilien befähigen gerade den national denkenden Juden zum Verständnis für echtes nationales Empfinden überhaupt."

Diesen Ansichten diametral entgegengesetzt und doch merkwürdig ähnlich war die politische Haltung Max Naumanns. Als Führer einer Gruppe "nationaldeutscher Juden" vertrat er eine ultrarechte Position und war vehementer Gegner sowohl der Kommunisten als auch der Zionisten. Bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 betrieb er Propaganda für Hitler. Er meinte, daß "die nationalsozialistische Bewegung einen Weg" bahne, "der zu einer Wiedergeburt des Deutschtums' zu einer Zurückeroberung des deutschen Ansehens führen solle" und daß es nötig sei, sich vom "Brüderlichkeitswahn der Umsturzeit" abzuwenden. Nur ein Narr könne glauben, daß man die Judenfrage durch Auswanderung lösen könne; im künftigen Deutschland werde es weder Arier noch Juden, sondern nur "Nationaldeutsche gleichviel welchen Stammes und Glaubens" geben. Naumanns "Verband nationaldeutscher Juden" bestand bis zum Herbst 1933 und wurde dann von den Nazis verboten.

Ähnliche Auffassungen wie Naumann vertrat der im Februar 1933 gebildete "Deutsche Vortrupp, Gefolgschaft deutscher Juden", der von dem damals 24jährigen Studenten Hans Joachim Schaeps angeführt wurde. In einer Erklärung vom Oktober 1933, ein Dreivierteljahr nach dem Machtantritt Hitlers' stellte Schoeps fest: "Es konnte der in seinen Gefäßen und Organen durch und durch erkrankte Volkskörper nur noch durch eine Radikalkur, durch eine Erneuerung der Säfte, vom Zerfall bewahrt werden. Der Nationalsozialismus rettet Deutschland vor dem Untergang; Deutschland erlebt heute seine völkische Erneuerung. Zu ihr gehört,

daß die nationale Revolution um der Wahrung des bedrohten Volkskörpers willen auch das biologische Thema angeschlagen hat und damit auf die Elementarböden von Blut und Rasse zurückgreifen mußte."

Schoeps polemisierte heftig gegen die ostjüdischen Einwanderer, die während des Weltkriegs nach Deutschland geflüchtet waren, und forderte "Beschleunigung der unbedingt notwendigen Trennung von deutschen und undeutschen Juden sowie Erfassung aller deutschbewußten Juden unter einheitlicher autoritärer Führung bei möglicher Umgehung der alten Organisationen". Der "Deutsche Vortrupp" von Schoeps, der einige hundert Mitglieder zählte, bestand bis zu den Nürnberger Rassegesetzen vom September 1935. Schoeps wanderte nach dem Progam vom November 1938 nach Schweden aus.

Diese kurz skizzierten Antworten von kommunistischen, zionistischen und nationaldeutschen Juden auf den Zusammenbruch der Weimarer Demokratie waren für die überwiegende Mehrheit des deutschen Judentums nicht charakteristisch. Mindestens 85% der jüdischen Bevölkerung waren Anhänger des "Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens", der zu seiner Blütezeit etwa 70.000 Mitglieder zählte und die humanistischen Ideale des bürgerlichen Liberalismus als die höchste Form patriotischer Gesinnung ansah. "Wir sind Deutsche und lassen uns von niemandem, Juden oder Nichtjuden, unser deutsches Heimatrecht und Heimatelebnis rauben" hieß es im Februar 1931 in der Monatsausgabe der C.V.-Zeitung. Der Centralverein, der das Judentum nicht als Nation, sondern lediglich als Konfession, als Glaubensbekenntnis betrachtete, betonte bei jeder Gelegenheit, daß sich die Juden als Deutsche empfanden und in ihrer Vaterlandsliebe niemandem nachstünden. Auf einer Versammlung im Juni rief Alfred Wiener, Syndikus des Centralvereins, aus: "Gäbe es einen Nobelpreis für deutsche Gesinnung, die deutschen Juden würden ihn gewinnen!"

Die meisten Juden waren deutsche Patrioten

Diese Auffassung blieb nicht auf Juden beschränkt, die die Religionsgesetze nicht mehr beachteten und den Tempel nur selten besuchten. Auch die Mehrzahl der religiös gebundenen Juden dachte nicht anders. Der Stuttgarter Rabbiner Paul Rieger betonte, daß die jahrhundertelange Bodenständigkeit einen Typ des Juden hervorgebracht habe, der "deutsch durch sein Heimatelebnis" sei. In seinem Buch "Vom Heimatrecht der deutschen Juden", dessen vierte Auflage 1930 erschien, sagte er: "Die jüdischen Deutschen bilden eine geschichtliche Gemeinschaft von eigener sozialer Struktur mit starken religiösen Überlieferungen im deutschen Volke. Diese Eigenart beeinträchtigt aber ihre Zugehörigkeit zum deutschen Volke in keinem Teile. Sie entfremdet den Juden dem Deutschen ebensowenig wie etwa die Verschiedenheit, die den rheinischen Industriearbeiter vom niedersächsischen Bauern trennt."

Auch zwei Jahre später, als die Nazipartei bereits zu einer Massenbewegung angewachsen und die Weimarer Republik in ihren Grundfesten erschüttert war, glaubten die liberal gesinnten deutschen Juden nach an die Beständigkeit ihrer Integration in die deutsche Gesellschaft und konnten sich die Rücknahme der Emanzipation nicht vorstellen. Im März 1932 sagte die Rednerin Margarete Goldstein aus Darmstadt in einer Ansprache, die sie in der Synagoge in der Berliner Prinzregentenstraße hielt: "Uns deutschen Juden ist Deutschtum die Schicksalsgemeinschaft, in die wir seit Jahrhunderten auf Gedeih und Verderb mit dem deutschen Volke verflochten sind . . . Wenn wir das religiöse Heim neu erstehen lassen, erfüllt vom wahren Glauben, in dem wir religiöse Werte und edelste deutsche Werte pflegen und fördern, so wird unsere Jugend ihre Verbundenheit mit Heimat und Glauben neu beleben und befestigen. Heimat und Glauben sind in uns deutschen Juden zu unlösbarer Einheit verbunden."

Ganz ähnliche Gedanken drückte auch der Sprecher der liberalen Fraktion in der Berliner Jüdischen Gemeinde, Bruno Woyda, in der Sitzung vom 16. Juni 1932 aus. Er sagte: "Wir bleiben Deutsche, weil wir es gar nicht anders können, selbst wenn wir es wollten. Wir sind deutsch in unserem Wesen, und wir sind deutsch in unserem Denken. Wir verzweifeln nicht ob des Heute, weil wir an das Morgen glauben. . . Wir glauben, daß bei allen Auseinandersetzungen die Wahrheit und die Vernunft zuletzt doch siegen werden."

Auch unmittelbar vor dem Machtantritt der Nazis existierte keine einzige Gruppierung unter den deutschen Juden, die eine klare Vorstellung besaß, was die Umwandlung Deutschlands in einen totalen Rassenstaat bedeuten würde. Alle waren der Ansicht, daß auch bei einem politischen Umsturz und einer Reichskanzlerschaft Hitlers die Lebensmöglichkeiten der Juden bestehen bleiben und ihnen Anerkennung der menschlichen Würde, Rechte einer nationalen Minderheit und Freiheit der Entwicklung zugestanden würde. Solange die Republik von Weimar bestand, blieb den Juden nichts anderes übrig, als trotz der irrationalen Welle des Judenhasses, die das deutsche Volk überflutete, an die Kräfte der Vernunft und des Anstandes zu appellieren. Die jüdischen Organisationen versuchten bis zuletzt, der Kampfansage der Nazis zu begegnen und ihre staatsbürgerlichen Rechte zu verteidigen. Ihre Abwehrkampagne legt Zeugnis dafür ab, daß sich die deutschen Juden nicht ohne Widerstand ergeben haben.

Die letzten Tage der Weimarer Republik

Die Nazilegende von der jüdischen Weltverschwörung und ihr Diffamierungsfeldzug gegen militante Demokraten und Sozialisten waren eng miteinander verknüpft. Die Nazis forderten nicht nur die Rücknahme der Judenemanzipation und die Auslöschung der jüdischen Existenz, sondern suchten auch die sozialen Rechte, die die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in jahrzehntelangem Kampf errungen hatte, rückgängig zu

machen. All dies war notwendig, um den Boden für einen zweiten Versuch der deutschen Nationalisten zur Entfesselung eines Krieges, zu einem "Griff nach der Weltmacht" vorzubereiten. Die von Rassenwahn befallenen Mörder kannten mit den Vernichtungsaktionen gegen die Juden erst beginnen, wenn zuvor die organisierten Arbeiterparteien vernichtet waren. Obwohl weder die KPD noch die SPD als sogenannte "Judenschutztruppe" gelten wollten, wurden die Arbeiterparteien mit Recht von ihren Gegnern als Verteidiger der jüdischen Gleichberechtigung angesehen; denn die Ideen der unveräußerlichen Menschenrechte, der demokratischen Gesellschaftsordnung und der brüderlichen Gleichberechtigung aller Völker lag sowohl im Lebensinteresse der Juden als auch der Arbeiterbewegung.

Die Ausschaltung der Kommunisten und der Sozialdemokraten aus dem öffentlichen Leben, die Massenverhaftungen von proletarischen und bürgerlichen Demokraten, die Entrechtung und Einkerkierung aller konsequenter Nazigegner waren also die Voraussetzungen der mörderischen "Endlösung" der Judenfrage. Es bestand ein immanenter Zusammenhang zwischen der politischen Liquidierung der Arbeiterbewegung im Jahre 1933 und der physischen Liquidierung der Juden während des zweiten Weltkriegs. Die Versklavung der Arbeiter und die Vernichtung der Juden waren also zwei Seiten derselben Medaille.

Der deutsche Liberalismus, der in seiner Blütezeit die Gleichberechtigung der Juden befürwortet und zu ihrer verfassungsmäßigen Verankerung beigetragen hatte, war in der Weimarer Republik zu schwach und unentschlossen, um den Wahnsinn der völkischen Rassenideologie wirksam zu bekämpfen; die "Deutsche Staatspartei", die im letzten Reichstag noch vier Abgeordnete zählte, darunter der spätere Bundespräsident Theodor Heuss, stimmte dem Ermächtigungsgesetz der Nazis am 23. März 1933 zu und verriet damit nicht nur die Juden, sondern auch die politischen Prinzipien des Liberalismus. Da die KPD damals bereits verboten war, widersetzten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten als

einzigem dem Ermächtigungsgesetz und damit der Abschaffung des Rechtsstaats. Aber sogar die SPD war in dieser letzten Phase der Weimarer Republik zu Kompromissen in der Judenfrage geneigt. Obwohl zahlreiche Arbeiterführer bereits emigriert oder eingekerkert waren, gab sich ein Teil des sozialdemokratischen Parteivorstandes der Illusion hin, die legale politische Arbeit auch im Dritten Reich fortsetzen zu können. Am 19. Juni 1933 fand in Berlin eine Sitzung der in Deutschland verbliebenen und noch nicht verhafteten Mitglieder des Parteivorstandes statt, die den Beschluß faßten, mit der Führung der Geschäfte ein rein "arisches" zusammengesetztes sechsköpfiges Direktorium zu beauftragen. Die Nazis dachten nicht daran, diese Kriecherei zu honorieren, und verboten die Sozialdemokratische Partei drei Tage später, am 22. Juni 1933.

Zusammenfassend ist über die jüdischen Reaktionen auf den Ansturm des nationalistischen und antisemitischen Rassenhasses im Jahr 1933 zu sagen, daß die Juden zwar versuchten, ihre Zugehörigkeit zum Deutschtum durch betont patriatische Haltung zu beweisen, daß aber alle ihre Appelle an die Ideale der Aufklärung und der Humanität vergeblich blieben. Die Arbeiterschaft, die im Kaiserreich ebenso wie die Juden aus allen "staatstragenden" Positionen ausgegrenzt war, vermochte es zu Beginn der Weimarer Republik nicht, die volksfeindlichen Kräfte, die den ersten Weltkrieg entfesselt hatten, aus ihren Machtpositionen zu verdrängen und einen durchgreifenden Wandel in der Gesellschaft und im öffentlichen Bewußtsein herbeizuführen. Auch am Ende der Weimarer Republik erwies sich die gespaltene Arbeiterbewegung als unfähig, den Nazis und ihren Helfershelfern den Weg zur Macht zu verlegen. Die deutschen Juden versuchten zwar, beim Zusammenbruch der Weimarer Republik Widerstand zu leisten, wurden jedoch die Opfer des Scheiterns der Demokratie in Deutschland.

II. Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen der Weimarer Republik und dem heutigen Deutschland

Ich komme nun zum zweiten Teil meiner Ausführungen und möchte zuerst die Ähnlichkeiten der Weimarer Republik und der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Politik, der Wirtschaft und der Justiz kurz skizzieren.

1. Im Bereich der Politik war am Ende der Weimarer Republik eine konservative Regierung an der Macht, während sich die SPD in der Opposition befand; dieselbe Konstellation besteht auch heute. Auch damals war die SPD geneigt, den Konservativen Konzessionen zu machen, etwa indem sie im Reichstag für den Bau eines Panzerkreuzers stimmte und 1932 zur Wahl des Feldmarschalls Hindenburg zum Präsidenten aufrief. In ähnlicher Weise war die SPD vor kurzem bereit, den § 16 des Grundgesetzes aufzuweichen, der politisch Verfolgten Asylrecht in Deutschland zusagt.
2. Da die Bundesrepublik ebenso wie seinerzeit die Weimarer Republik auf privatwirtschaftlich-kapitalistischer Grundlage beruht, sind die ökonomischen Strukturen ähnlich wie vor dem Machtantritt der Nazis. Damals wie heute existieren große Konzerne wie Siemens, Mannesmann, Daimler-Benz, Bosch und Krupp, die ihre wirtschaftlichen Interessen als Hebel benutzen können, um politische Entscheidungen zu beeinflussen. In der Weimarer Republik war der "Reichsverband der Deutschen Industrie ein wichtiger Faktor, um die parlamentarisch legitimierte Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller durch ein Präsidialregime abzulösen, in dem der erkonservative Hindenburg den Reichskanzler ernennen konnte. In der Bundesrepublik hat der Flick-Bestechungsskandal gezeigt, daß ein großer Konzern imstande ist, seine Interessen durchzusetzen, indem er auf Abgeordnete und Parteivorsitzende Druck ausübt.
3. In der Weimarer Republik ging die Justiz

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

sehr energisch gegen linke Gewalttäter vor und war sehr nachsichtig gegenüber Rechtsterroristen. Allein in den Jahren 1918 bis 1922 wurden von antisemitischen Nationalisten 354 politische Morde begangen; davon blieben 328 ungesühnt, die 26 vor Gericht gestellten Täter erhielten eine Gesamtstrafe von 90 Jahren Gefängnis, ein einziger wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Von Linksradi-kalen wurden im gleichen Zeitraum 22 politische Morde begangen; zehn Täter wurden zum Tode verurteilt und erschossen, die übrigen 12 erhielten eine Gesamtstrafe von 248 Jahren Gefängnis. Der jüdische und kommunistische Schriftsteller Ernst Toller, der an der Bayerischen Räterepublik teilgenommen hatte, erhielt eine Kerkerstrafe von fünf Jahren, die er bis zum letzten Tag absaß, während Adolf Hitler, der wegen seines mißglückten Münchner Putsches ebenfalls zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde, bereits nach acht Monaten begnadigt wurde. In den letzten Jahren der Weimarer Republik kam es fast täglich zu blutigen Kämpfen zwischen den Nazis und Kommunisten; die Gerichte fällten über die rechtsradikalen Gewalttäter viel mildere Urteile als über ihre Gegner. Ganz ähnlich ist es in der Bundesrepublik; gegen die Terroristen der "Roten Armee Fraktion" wurden spezielle Gesetze erlassen, verschärfte Haftbedingungen angeordnet und Hochsicherheitstrakte gebaut, die nationalistischen und antisemitischen Mordbrenner hingegen, die Asylantenheime anzünden, Judenfriedhöfe mit Hakenkreuzen beschmieren und jüdische Gedenkstätten zerstören, werden von Polizei und Justiz sehr nachsichtig behandelt; die meisten über sie verhängten Strafen werden auf Bewährung ausgesetzt, oft werden bei ihrer Festnahme nur ihre Personalien aufgenommen, ohne daß man sie zur Verantwortung zieht.

Diese Ähnlichkeiten und Parallelen zwischen der Weimarer Republik und der

Bundesrepublik Deutschland stehen allerdings mehrere gravierende Unterschiede gegenüber.

1. Der wichtigste Unterschied ist natürlich, daß heute keine deutsche Judenheit mehr besteht, weil sie von den Nazis vernichtet worden ist. Lebten 1933, wie bereits erwähnt, eine halbe Million Juden in Deutschland, die sich in ihrer großen Mehrheit mit der deutschen Kultur, Geschichte und Tradition identifizierten, so zählen heute die jüdischen Gemeinden etwa 35.000 Mitglieder. Außerdem gibt es noch ungefähr 10 bis 15.000 Juden, die keiner Kultusgemeinde angehören. Viele von diesen etwa 50.000 Menschen stammen aus Osteuropa, haben zur früheren deutschen Judenheit keinerlei Bezug und sind lediglich als Juden in Deutschland, aber nicht als deutsche Juden anzusehen. War 1933 jeder 120. in Deutschland lebende Mensch ein Jude, so ist es heute nur einer von 1600. Die Juden spielen daher im öffentlichen und kulturellen Leben der Bundesrepublik eine bedeutend geringere Rolle als vor 1933.
2. Die demokratische Staatsform wurde sowohl nach dem ersten als auch nach dem zweiten verlorenen Krieg in Deutschland eingeführt. Heute wird die Demokratie jedoch von viel breiteren Schichten akzeptiert und ist tiefer verwurzelt als in der Zwischenkriegszeit. Die Nationalisten, die für die Niederlage vom November 1918 eine angeblich jüdische Weltverschwörung verantwortlich machten, diffamierten die erste deutsche Demokratie als "Judenrepublik". Niemandem fällt es heute ein, das demokratische Grundgesetz in dieser Weise zu verhöhnen. Der Hauptgrund der Ablehnung der demokratischen Staatsform durch breite Bevölkerungskreise in der Weimarer Epoche war der Umstand, daß sich das Land, von einer kurzen Zeitspanne abgesehen, in permanentem Krisenzustand befand. Im Bewußtsein von Millionen Menschen war Demokratie gleichbedeutend mit Arbeitslosigkeit und

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Armut. Sie waren daher bereit, dem "Führer" der Nazi-Partei zuzujubeln, der das demokratische System abzuschaffen und Deutschland wieder in ein mächtiges und angesehenes Reich umzuwandeln versprach. Es besteht also ein dialektischer Zusammenhang zwischen Demokratie, Nationalismus und Wirtschaftskonjunktur. Phänomene des Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus sind weitgehend Ergebnisse der Krise. Bei den Reichstagswahlen vom Mai 1928, während der Konjunkturphase der Weimarer Republik, erhielten die Nazis nur zwei Prozent der Stimmen; viereinhalb Jahre später, als man auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise sechs Millionen Arbeitslose zählte, gelangte Hitler zur Macht. Die Bundesrepublik hat im Gegensatz zur Weimarer Republik bisher keine tiefe Krise erlebt. Sie befand sich vielmehr fast kontinuierlich in wirtschaftlichem Aufstieg, der es ermöglichte, ein dichtes soziales Netz zu knüpfen. Daher ist heute im Bewußtsein der Bevölkerung Demokratie weitgehend mit Wohlstand identisch. Allerdings ist seit der Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik und dem Jubel über die wiedergewonnene nationale Einheit ein Abflauen der Konjunktur unverkennbar. In Ostdeutschland, wo Hunderttausende ihre Arbeit verloren haben, schieben irreführende Jugendliche den Ausländern die Schuld an ihrer Misere zu. Diese Wirtschaftskrise schafft ein politisches Klima, in dem mörderischer Antisemitismus wieder möglich wird.

3. Um den Unterschied zwischen der Situation der Bundesrepublik und der Weimarer Republik richtig zu beurteilen, muß man die Funktion des Antisemitismus kennen. Nach dem verlorenen ersten Weltkrieg diente der Judenhaß als Kitt, als verbindendes Element zur Verwischung der Klassengegensätze. Die von Junkern, hohen Armeeoffizieren und Großindustriellen im November 1918 gegründete Deutschnationale Volkspartei

nahm keine Juden als Mitglieder auf. Diese adeligen und bürgerlichen Konservativen mußten sich demokratisch legitimieren und maskieren und waren bemüht, sich durch finanzielle Unterstützung von antisemitischen Massenorganisationen Rückhalt zu verschaffen, um ihre politischen Ziele zu fördern. Sie finanzierten den "Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund", den "Reichshammerbund" und andere chauvinistische Bewegungen, die eine zügellose antisemitische Propaganda entfalteten und die Juden für die Niederlage im Krieg verantwortlich machten. Später ging die Deutschnationale Volkspartei mit den Nazis Bündnisse ein und war in der ersten Regierung Hitler stark vertreten. Die antisemitische Rassenhetze hatte also in der Weimarer Republik eine für die traditionelle Führungselite sehr wichtige Funktion, nämlich, das Verdikt des ersten Weltkriegs zu revidieren.

Diese Situation existiert in der Bundesrepublik nicht. Junker und Militärs haben ihre Führungsposition eingebüßt und sind politisch nahezu bedeutungslos geworden. Die Großindustrie, die für die exportorientierte Produktion fremde Arbeitskräfte benötigt, ist weder an Fremdenhaß noch an Antisemitismus interessiert. Auch ist Deutschland heute in wirtschaftlicher, politischer und militärischer Hinsicht viel mehr in internationale Verpflichtungen eingespannt, als es während der Weimarer Republik der Fall war.

Auch die Kirchen haben ihre Einstellung zu den Juden geändert. Im Gegensatz zur Weimarer Republik gibt es heute kaum noch protestantische oder katholische Pfarrer, die in ihren Predigten die Juden als Volk der Gottesmörder beschuldigen und ihre Gemeinde zu antisemitischen Aktionen aufhetzen.

Aus all diesen Gründen existiert heute keine Massenpartei, die den Judenhaß auf ihr Banner geschrieben hat. Allerdings findet die antisemitische "Deutsche National- und Soldatenzeitung" hunderttausende Leser. Es existieren auch rechtsextreme Parteien, die

ANALYSEN ♦ MEINUNGEN ♦ DEBATTEN

Volksverhetzung betreiben und den millionenfachen Judenmord in den Todeslagern als Lüge bezeichnen. Diese deutschnationalistischen Antisemiten gehen von der Wahnvorstellung kollektiver Eigenschaften verschiedener Völker aus. Sie behaupten, daß ihr eigenes Volk von Natur aus höherwertig und Ausländer minderwertig seien. Das demokratische Prinzip hingegen beruht auf Anerkennung der Gleichwertigkeit aller Menschen, egal welcher Herkunft, Hautfarbe, Geschlecht und Religion. Es ist die Pflicht jedes Bürgers, sich aktiv für Völkerverständigung, Toleranz und Menschenrechte einzusetzen; denn die Demokratie ist eine Gesellschaftsordnung, die Tag für Tag neu erkämpft werden muß, um vor den Angriffen ihrer Feinde gesichert zu sein. Zwar gibt es auch in anderen Ländern Judenfeindschaft und Ausschreitungen gegen Ausländer, aber über Deutschland hängt auch nach Erringung der nationalen Einheit der blutige Schatten von Auschwitz.

Biographische Angaben

Prof. Dr. Dr. h. c. Walter Grab, geb. 1919 in Wien. Einwanderung in Palästina/Israel 1938. Studium der Geschichte, Politischen Philosophie und Deutschen Literaturwissenschaft in Jerusalem, Tel Aviv und Hamburg. Ab 1965 Dozent, ab 1970 Professor für Neuere Europäische Geschichte an der Universität Tel Aviv. 1971 Begründung des Instituts für deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv, Direktor bis 1985. Herausgeber des Jahrbuchs des Instituts 1972-86. Ehrendoktor der Universität Duisburg 1985. Gastprofessor in Duisburg 1977/78, in Hamburg 1984/85. Vortragsreisen seit 1968 über deutsche revolutionäre Demokraten und Probleme der deutsch-jüdischen Geschichte in Deutschland, Österreich, den USA, Frankreich, Belgien, der Schweiz, Griechenland und Australien. Emeritierung 1985.

Wichtigste Veröffentlichungen:

Demokratische Strömungen in Hamburg und Schleswig-Holstein zur Zeit der ersten französischen Republik, Hamburg 1966;

Norddeutsche Jakobiner, Frankfurt 1967;

Die Französische Revolution. Eine Dokumentation, München 1973;

Leben und Werke norddeutscher Jakobiner, Stuttgart 1973;

Noch ist Deutschland nicht verloren.

Politische Lyrik von der Französischen Revolution bis zur Reichsgründung, Berlin 1980;

Radikale Lebensläufe. Von der bürgerlichen zur proletarischen Emanzipationsbewegung, Berlin 1980;

Georg Büchner und die Revolution von 1848, Frankfurt 1983;

Ein Volk muß seine Freiheit selbst erobern. Zur Geschichte der deutschen Jakobiner, Frankfurt 1985;

Dr. Wilhelm Schulz aus Darmstadt, Weggefährte von Georg Büchner, Inspirator von Karl Marx, Frankfurt 1987;

Die Französische Revolution (Bildband). Aufbruch zur modernen Demokratie, Stuttgart 1989 (erschien auch in französischer, englischer, italienischer und holländischer Sprache).

Heinrich Heine als politischer Dichter. Frankfurt 1991

Der deutsche Weg der Judenemanzipation 1789-1938, München 1991.

* * * * *



Eine Schriftenreihe der
Hessischen Landeszentrale
für politische Bildung